

1114 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP

2. 5. 1974

Regierungsvorlage

**Bundesgesetz vom XXXXXXXXXX,
mit dem das Bundesgesetz vom 14. De-
zember 1973 über Verkehrsbeschränkungen
zur Sicherung der Treibstoffversorgung ge-
ändert wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

(Verfassungsbestimmung)

Die Erlassung und Aufhebung von Vor-
schriften, wie sie im Art. II des Bundesgesetzes
vom 14. Dezember 1973 über Verkehrsbeschrän-
kungen zur Sicherung der Treibstoffversorgung,
BGBl. Nr. 5/1974, sowie im Art. II dieses Ge-
setzes enthalten sind, sowie die Erlassung von
Durchführungsverordnungen dazu sind bis zum
30. Juni 1975 auch in den Belangen Bundessache,
hinsichtlich derer das Bundes-Verfassungsgesetz
in der Fassung von 1929 etwas anderes vorsieht.
Die Vollziehung dieser Vorschriften ist bis zum
30. Juni 1975 auch in den Belangen Landessache,
hinsichtlich derer das Bundes-Verfassungsgesetz
in der Fassung 1929 etwas anderes bestimmt.

Artikel II

Das Bundesgesetz vom 14. Dezember 1973
über Verkehrsbeschränkungen zur Sicherung der
Treibstoffversorgung wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Wer den Bestimmungen einer nach § 1
erlassenen Verordnung über das Benützung-
verbot oder über die Kennzeichnung zuwider-
handelt, eine Ausnahme vom Verbot fälschlich
behauptet oder durch unrichtige Angaben er-
schleicht, begeht eine Verwaltungsübertretung
und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde, im
örtlichen Wirkungsbereich einer Bundespolizei-
behörde von dieser, mit einer Geldstrafe von
500 S bis 30.000 S, im Falle der Uneinbring-
lichkeit mit Arrest von 24 Stunden bis sechs
Wochen, zu bestrafen.“

2. Art. III Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Juli 1975
außer Kraft.“

Artikel III

Mit der Vollziehung des Art. I ist die Bundes-
regierung betraut. Soweit die Vollziehung des
Art. II den Ländern zusteht, obliegt sie den
Landesregierungen, im übrigen obliegt die Voll-
ziehung dieses Bundesgesetzes gemäß den Be-
stimmungen des Bundesministeriengesetzes 1973,
BGBl. Nr. 389, unter Beachtung dessen § 5 den
Bundesministern für Handel, Gewerbe und
Industrie und für Verkehr.

Erläuterungen

Das Bundesgesetz vom 14. Dezember 1973 über Verkehrsbeschränkungen zur Sicherung der Treibstoffversorgung tritt gemäß seinem Art. III Abs. 1 mit 1. Juli 1974 außer Kraft. Um jedoch für eine eventuelle Krisensituation vorbereitet zu sein und für den Fall wieder notwendig werdender Sparmaßnahmen einen unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, soll die Geltungsdauer des zitierten Gesetzes um 1 Jahr verlängert werden. Hierzu ist eine Verfassungsbestimmung notwendig, da das Gesetz vom 14. Dezember 1973 im Art. I vorsieht, daß die Erlassung und Aufhebung von Vorschriften, wie sie im Art. II leg. cit. enthalten sind, sowie die Erlassung von Durchführungsverordnungen dazu nur bis zum 30. Juni 1974 auch in den Belangen Bundessache ist, hinsichtlich derer das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 etwas anderes bestimmt. Die Vollziehung dieser Vorschriften ist ebenfalls nur bis zum 30. Juni 1974 auch in den Belangen Landessache, hinsichtlich derer das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 etwas anderes bestimmt. Gleichzeitig soll durch eine Änderung der Strafbestimmung des § 2 Abs. 1 allfälligen Interpretationsschwierigkeiten begegnet werden.